

Hans Thie

Rotes Grün



**Pioniere und
Prinzipien einer
ökologischen
Gesellschaft**

Hans Thie
Rotes Grün

Dr. Hans Thie ist Wirtschaftsreferent der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Infos und Kommentare zum Roten Grün: www.ThieCompany.de

Hans Thie

Rotes Grün

Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

VSA: Verlag Hamburg



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

Inhalt

Vorwort	7
1. Am Anfang ein Ende – wie grüne Szenarien zu grauen Mäusen werden	9
2. Kurze Bilanz eines großen Raubzuges – was die ökologische Überdehnung gesellschaftlich bedeutet	28
3. Trügerische Erwartungen	39
Bürgertum im zweifelnden Trotz	39
Reformisten im grünen Rausch	46
Linke im Labyrinth der Kategorien	54
4. Signale der Hoffnung	64
Kooperation – vom netten Wort zur globalen Notwendigkeit	64
Gleichheit – vom ethischen Gesang zum ökologischen Menschenrecht	71
Planung – vom verdienten Tod zu neuem Leben	78
Produzenten der Dinge – vom ausgebeuteten Objekt zum selbstbewussten Subjekt	89
Produzenten des Geistes – vom elitären Bürger zum freien Commonisten	99
Produzenten des Gemeinwohls – von der einzelnen Stimme zum kollektiven Souverän	105
5. Modellwechsel – vom totalen Markt zu sektoraler Blüte	122
6. Neue Geschichten – wie die Ideen in Bewegung kommen ..	155
Literatur.....	166

Vorwort

Atomkraft und Kohlestrom sind Geschichte. Sonne, Wind, neue Speicher und intelligente Netze schaffen es allein. In den Innenstädten gibt es kaum noch Autos. Bahnen und Busse fahren öffentlich finanziert und Taxis zum Super-Spar-Tarif. Mit dem Flugzeug zu fliegen und Fleisch zu essen, ist uncool geworden. Die Industrie macht Dinge, die jahrelang halten und leicht zu reparieren sind. Werbung und Mode sterben dahin, kaum jemand regt sich auf. Alles Falsche schrumpft mit hohem Tempo. Und die Wirtschaft, die früher nur mit permanentem Wachstum funktionierte, bricht nicht zusammen.

Die Bürgerschaft hat sich anders entschieden, ihr Leben selbst in die Hand genommen. Arbeitslos ist niemand mehr, der Sechs-Stunden-Tag die neue Norm. Weniger Arbeit heißt mehr Freiheit. So soll es sein. Aktienurse sind unbekannt, Hedgefonds nur noch ein Kapitel der Kriminalgeschichte. Unternehmen gehören den Produzenten. Wem denn sonst, fragt man sich. Wissen und Kultur gelten weltweit als öffentliches Gut, der Geist ist frei. Vor Ort sorgt die Kommune für ein gutes Leben. Alles Öffentliche ist kompromisslos öffentlich geworden. Für wichtige Themen gibt es stets den Volksentscheid.

Ist eine solche Wandlung hin zur Vernunft, zur Mäßigung, zum in jeder Hinsicht gleichen Recht möglich? Scheinbar eine naive Frage, denn diese Wandlung ist eine Revolution. Zur Umwälzung aber neigen reiche Gesellschaften nicht. Große Veränderungen waren bislang immer das Resultat schreiender Ungerechtigkeit und klarer Fronten zwischen Herrschern und Beherrschten.

Diesen Grund zur Revolte gibt es in Ländern wie Deutschland – allen Ungerechtigkeiten zum Trotz – gegenwärtig kaum. Dennoch reift bei all denjenigen, die sich etwas intensiver mit den globalen ökologischen Gefährdungen beschäftigen, die Einsicht: »Wir« brauchen genau das, eine umfassende Transformation unserer Produktionsweise. »Wir« müssen uns von den Zwängen einer naturzerstörenden Ökonomie befreien.

Aber wie soll das gehen? Wie werden Wirtschaft und Gesellschaft nicht nur in Worten, sondern auch in Taten, nicht nur im Design, sondern auch in der Substanz, nicht nur im Einzelnen, sondern auch syste-

matisch naturverträglich? Mehr grüne Technik und mehr ökologische Moral – das sind die beiden Antworten, die ständig zu hören sind, aber allzu bescheiden bleiben. Wenn die Weltgesellschaft ökologisch zu scheitern droht, dann kann die zentrale Ursache, die heutige Wirtschaftsordnung, nicht heilig sein.

Die große Preisfrage ist also, ob es Signale der Hoffnung gibt, die sich wechselseitig verstärken und eine andere Art wirtschaftlicher Entwicklung ergeben könnten. Tatsächlich passiert einiges: Kooperation, Gleichheit und Planung sind im Begriff, neue Leitprinzipien zu werden. In der dinglichen und geistigen Produktion sind Tendenzen aufzuspüren, die zu diesen Leitprinzipien passen, wenn man sie aus ihrer profitwirtschaftlichen Umklammerung befreit. Wer sucht, der findet stille Revolutionen an vielen Orten.

Diese Signale der Hoffnung lassen sich zu einem neuen Modell einer grünen und gerechten Wirtschaft verbinden. Vor dem geistigen Auge erscheint dann eine vom Willen des Gemeinwesens gelenkte, vom Wachstumszwang befreite, durchgehend ökologische Wirtschaft, die das Thema soziale Sicherheit nicht mehr kennt, weil sie Freiheit in Gleichheit verwirklicht.

Die Utopie, die darin liegt, ist keine Willkür, wenn man sich vorstellt, dass die Bevölkerung nicht nur Parteien, Kandidatinnen und Kandidaten, sondern die Grundstrukturen von Wirtschaft und Gesellschaft zu wählen hat und der Mehrheitswille verbindlich ist. Die Demokratie gilt. Der Souverän ist souverän. Das ist der Sprung, der nötig und möglich ist.

1. Am Anfang ein Ende – wie grüne Szenarien zu grauen Mäusen werden

Die großen Erzählungen sind tot. Es leben die großen Erzählungen. Zwischen diesen beiden Sätzen liegen 20 Jahre. Als die Sowjetunion wie ein morsches Gebäude zerfiel, schien sich zu bestätigen, was Margaret Thatcher schon vorher gesagt hatte: There is no alternative.

Dieser griffige Spruch war lange Zeit der herrschende Konsens. Er gilt nicht mehr. Er ist gestorben an multipler Verirrung, an abscheulicher Bereicherung und zunehmender Verarmung, an wahnsinnigen Banken und geknebelten Staaten, an kulturellem Verfall und nahenden Ökokaustrophen, nicht zuletzt am Verlust aller Zukunftsverheißungen.

Dass Wirtschaft und Gesellschaft so sein sollten, wie sie sind, kann heute – abgesehen von den zynischen Profiteuren des Status quo – niemand mehr behaupten. Und weil sich die Ahnung verdichtet, dass kleine Korrekturen längst nicht mehr reichen, gibt es wieder das Verlangen nach neuen, nach anderen, nach großen Erzählungen.

Einstweilen sind in der Sphäre der Parteipolitik nur bescheidene Skizzen längerer Handlungslinien zu besichtigen. Armut und Ungleichheit vermindern, Banken an die Kandare nehmen, Ressourcen schonen und die Gestaltungskraft des Staates zurückgewinnen – das sind typische Zutaten einer Programmatik, die man früher reformistisch nannte. Solche schüchternen Leitlinien scheinen als einzige übrig geblieben zu sein, weil jenseits der Verlängerung und Verstärkung vorhandener oder wenigstens denkbarer Trends sich neue Qualitäten gesellschaftlicher Organisation noch nicht aufdrängen. Margaret Thatcher wäre folglich, wenn es beim Reformismus der kleinen Schritte bliebe, nicht widerlegt, nur variiert: Prinzipielle Alternativen gibt es nicht, wohl aber zahlreiche Schrauben, an denen im Interesse eines besseren Lebens zu drehen ist.

Diese Bescheidenheit kann nicht der letzte Satz der Geschichte sein, weil der Veränderungsbedarf nicht nur die Details betrifft, sondern auch die Grundsätze erfasst. Deshalb bleibt die Suche nach prinzipiellen Alternativen auf der Tagesordnung. Die Fahndung läuft international.

Weil die Zeit drängt, werden zwischenzeitlich tausendfach Kurzgeschichten geschrieben, Projekte verwirklicht, die punktuell zeigen, dass

es auch anders geht (Welzer/Rammner 2012; Habermann 2009; Links/Volke 2009). Inseln der selbstbestimmten Vernunft gibt es weltweit: erneuerbare Energie in kommunaler Regie und mit Investitionen in eigener Hand; weitgehend autofreie Innenstädte mit unentgeltlichem, öffentlichen Personennahverkehr; fairer Handel mit dem Doppelziel von mehr Gerechtigkeit und mehr Nachhaltigkeit; Eigenproduktion von Konsum- und Produktionsmitteln auf High-Tech-Basis; Anbau und Konsum von Lebensmitteln in regionalen und selbst in urbanen Kreisläufen.

Massenhaft brechen Pioniere mit dem Gewohnten, verwandeln Bedenken in Taten. Aktivistinnen verlassen den üblichen Pfad, probieren aus, was gestern noch waghalsig schien. Unternehmerinnen und Unternehmer, Landwirte und die Geschäftsführungen öffentlicher Betriebe dehnen den Rahmen des Möglichen, sprengen ihn sogar manchmal, um zu tun, was soziale und ökologische Vernunft gebietet.

Es gibt nicht nur die kleinen Ausbrüche aus einer als falsch erkannten Logik. Die Bevölkerung Islands hat gezeigt, dass man sich der Art von Bankenrettung, die in Südeuropa ihr finsteres Gesicht zeigt, auch verweigern kann. Wikipedia verwirklicht, was vom Standpunkt marktwirtschaftlicher Lehren undenkbar ist: die Sammlung, Prüfung und Verbreitung von Wissen in einem weltweiten Projekt globaler, unentgeltlicher Kooperation – und hat mit diesem überlegenen Organisationsprinzip private Enzyklopädien verdrängt.

Das Erneuerbare Energien Gesetz demonstriert, dass es mit einer neuartigen Kombination von Planung und Markt, mit technologiespezifischen Preisgarantien, mit einer gesicherten Netzeinspeisung und mit wirksamen Innovationsanreizen möglich ist, die Stromerzeugung in gewünschte Richtungen zu lenken. Neben beispielhaften Einzelprojekten gibt es also offenkundig auch Zeichen einer Vernunft, die ganze Branchen erfasst.

Könnten sich solche Beispiele, die es weltweit massenhaft gibt, zu einem Mosaik fügen und ein neues Bild ergeben? Enthalten sie neue Prinzipien, die sich verallgemeinern lassen? Wie sind Gesetze und Verordnungen, Anreize und Verbote so zu ändern, dass vorbildliches Produzieren nicht auf Barrieren stößt, sondern einen Nährboden findet? Allgemeiner gefragt: Wie sollte die Wirtschaftsordnung verfasst sein, welche Grundsätze, welche neuen verbrieften Freiheiten sollen gelten, damit Richtiges wachsen und Falsches weichen kann?

Und schließlich: Wie wird das Verlangen nach einer anderen Lebensweise, die sich in bunter Vielfalt äußert, zu einer gebündelten Kraft mit einer überzeugenden Story, die sich auch mächtigen Gegnern und lähmender Beharrung gewachsen zeigt?

Was könnten und sollten diejenigen tun, die heute schon Zukunft leben oder es wenigstens hartnäckig versuchen, um die kleinlaute Kritik passiver Mehrheiten an den heutigen Verhältnissen zu schärfen und für die Gewissheit zu sorgen, ohne die große Veränderungen nicht gelingen werden?

Vom kleinen Graswurzelprojekt zur Veränderung großer gesellschaftlicher Strukturen, von der lokalen Vernunft zum gesellschaftlichen Sinn, vom Biokonsum zur ökologischen Produktion, von der Sorge um die eigene Gesundheit zur Gesundung des Planeten – wie solche Übergänge und Erweiterungen praktisch zu schaffen sind, ist bislang weitgehend unbekannt. Selbst gedanklich gelingt die Integration von anderem Alltag und anderer Gesellschaft kaum.

Grüne Szenarien sind massenhaft entstanden, meist voluminös und mit beeindruckenden Trendgrafiken. Aber einen schwerwiegenden Konstruktionsfehler haben sie nahezu alle. Obwohl von großen Transformationen die Rede ist, bleiben die Grundstrukturen von Wirtschaft und Gesellschaft unberührt. Alles soll sich wandeln, die Technik, die Moral, die politischen Instrumente und mit ihnen die Chancenverteilung – aber die Grundfesten der Wirtschafts- und Eigentumsordnung sind unantastbar.

Diese Inkonsequenz sollte auffallen – und sie muss fallen. Wenn es angesichts ökologischer Großgefahren um alles geht, kann nichts heilig sein, nichts von dem jedenfalls, was die Verhältnisse zwischen Menschen regelt und was grundsätzlich als variabel gedacht werden kann. Folglich sind Eigentumsverhältnisse und die aus ihnen entspringende Macht, Erbgesetze und Privilegien, Marktordnungen und Unternehmensverfassungen, die harten Seiten der Ökonomie also, wichtige Themen jeder konsequenten ökologischen Bemühung. Vor allem wird ein positives und motivierendes Gegenbild zur Ungleichheit und Naturzerstörung produzierenden Wachstumsmaschinerie nur dann gemalt werden können, wenn all diese harten Seiten unter Legitimationsvorbehalt stehen und – wenigstens in Gedanken – auf die Entsorgungsliste kommen, wenn sie sich als Zukunftslast erweisen.

In diesem Sinne braucht sattes Grün kräftiges Rot. Und ebenso gilt die Umkehrung: Rot geht nur noch Grün, Gerechtigkeit nur mit Ökologie. Das sind zwei Thesen dieses Buches, die nun – im Anschluss an eine erste schemenhafte Skizze (Thie 2011) – vertieft und differenziert werden sollen. Inzwischen hat die Forderung nach sattem Grün in kräftigem Rot eine Zwillingsschwester jenseits des Atlantiks.

In einem Essay schreibt Naomi Klein: »Dem Klimawandel entgegenzutreten, bedeutet, dass wir buchstäblich jedes Marktfreiheitsdogma zu brechen haben – und zwar so rasch wie möglich! Wir müssen den öffentlichen Raum wiederherstellen, Privatisierungen rückgängig machen ... die Überkonsumtion zurückschrauben, zu einer langfristigen Planung zurückkehren, Großunternehmen energisch regulieren und besteuern, manche womöglich sogar verstaatlichen, die Rüstungsausgaben zusammenstreichen und vieles mehr. Vor allem aber müssen wir anerkennen, was wir dem südlichen Teil unserer Welt schuldig sind ... Kurz gesagt unterstreicht der Klimawandel die Dringlichkeit fast aller Forderungen, die progressive Kräfte seit langem stellen. Zugleich verknüpft er sie zu einer kohärenten Agenda – auf der Grundlage eines unzweideutigen, wissenschaftlich begründeten Imperativs ... Nur eine Weltsicht, die bloßen Reformismus verwirft und stattdessen radikal die zentrale ökonomische Rolle des Profits hinterfragt – eine grün-linke Weltsicht – eröffnet die Möglichkeit, die multiple Gegenwarts Krise doch noch rechtzeitig zu bewältigen.« (Klein 2012: 88)

Dass sattes Grün kräftiges Rot braucht, dass konsequente Ökologie nur mit mehr Kooperation, mehr Gleichheit und mehr Planung zu haben ist, ist eine selten gehörte, aber keine einsame Erkenntnis. Untergründig, zwischen den Zeilen, verhüllt in diplomatischen Formeln, sind selbst die grünen Szenarien, die von Beiräten der Bundesregierung entworfen worden sind, durchzogen von einem neuen, aber nur jeweils in Splintern aufscheinenden und allzu oft im weichen Soziologen-Slang ausgedrückten Paradigma. In dem wohl besten dieser Werke, das sich »Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation« nennt und 2011 vom WBGU, dem »Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen« herausgegeben wurde, ist deutlich spürbar, dass die Privatwirtschaft umfassender, sowohl politischer als auch bürgerschaftlicher Lenkung bedarf, wenn konsequente Ökologie eine Chance haben soll (WBGU 2011: 98f.).

Selbst Meinhard Miegel, der sich als Konservativer in der neuen Weltlage des ökologischen Zeitalters zu orientieren bemüht und zwei lange Jahre lang als CDU-Sachverständiger im Bundestag am Starrsinn seiner christlich-liberalen Kollegenschaft verzweifelte, entdeckt, was für ihn Neuland ist. Konsumtive Abrüstung, so seine Einsicht, werde vor allem dann möglich, »wenn der materielle Wohlstand künftig gleichmäßiger verteilt wird als bisher« (Miegel 2012: 7).

Wenn von großen Transformationen, gar Revolutionen, die Rede ist und wenn es nicht bei bloßen Lippenbekenntnissen bleiben soll, dann muss der Übergang von der einen zur anderen Qualität, der »zivilisatorische Quantensprung« (WBGU 2011: 21), nicht nur einen graduellen, sondern auch einen kategorialen Ausdruck finden. Die Akzentverschiebung vom Markt zur gestaltenden Politik, vom Gegeneinander zur Zusammenarbeit, von der Bereinigung der Schäden zur vorsorgenden Bewahrung – all diese Forderungen des »mehr von dem einen« und »weniger von dem anderen« reichen dann nicht aus, um die qualitative Differenz begrifflich zu schärfen.

Die Weltökologie verlangt globale Kooperation. Globale Kooperation fordert universelle Gleichheit. Universelle Gleichheit kann nur mit vorsorgender Planung gelingen. Wagen wir also explizit auszusprechen, was implizit sich anbahnt: Kooperation statt Wettbewerb, Gleichheit statt Ungleichheit, Planung statt Markt.

Diese Gegensätze klingen für den Zeitgeist unnötig schroff. Er hätte es gern weniger apodiktisch. Kooperation – mehr davon sicherlich, aber wir sollten auch die Kräfte des Wettbewerbs nutzen. Gleichheit – ja, die Ungleichheit ist viel zu groß, aber wir brauchen auch starke ökonomische Anreize zugunsten einer grünen Wirtschaft. Planung – ganz bestimmt sind für die Umgestaltung ressourcenfressender Systeme, besonders der Energieerzeugung, mehr und bessere Rahmenplanungen nötig, aber Märkte werden auch künftig eine große Rolle spielen.

So oder ähnlich dürften die Reaktionen lauten, wenn man das sanfte »Mehr« fallen und das harte »Statt« ertönen lässt. Die Schärfe des proklamierten Gegensatzes könnte als unreif und deplatziert gelten und die Kommunikation erschweren. Ein echtes Risiko – das noch schwerer wiegt, wenn ein weiteres hinzukommt: der Beifall von der falschen Seite, von den noch tief im fossilen Industrialismus steckenden Sozialdemokraten und Sozialisten alter Prägung, die immer noch meinen, nur Pla-

nung und Gleichheit seien geeignet, die Produktivkräfte von den Fesseln zu befreien, die ihnen die bürgerlichen Verhältnisse auferlegen.

Tatsächlich haben Kooperation, Gleichheit und Planung im ökologischen Zeitalter eine Logik, die sowohl zu den üblichen bürgerlichen Vorstellungen als auch zu den herkömmlichen sozialistischen Deutungsmustern quer steht. Denn beide sind nicht nur Gegner, sondern in ihrer Gegnerschaft auch Geschwister: Ihre gemeinsame Quelle ist das möglichst schrankenlose Streben nach umfassender Naturbeherrschung. Heute dagegen ist das Setzen von Schranken, das Einhalten von Grenzen, die Pflege der Biosphäre, der Ausgangspunkt jeder politischen und ökonomischen Strategie, die das Prädikat zukunftsfähig für sich beanspruchen will. Diese Bewahrung aber verlangt unerbittlich Kooperation, Gleichheit und Planung.

Die Reaktionen auf den Klimawandel – so mangelhaft sie bisher auch sind – illustrieren die veränderten Prioritäten, die sich ergeben, wenn das Ziel nicht Naturbeherrschung, sondern Naturbewahrung heißt. Der Klimawandel verlangt Kooperation statt Wettbewerb. Die Nationen müssen – auf Gedeih und Verderb – kooperieren, wenn sie die gemeinsamen Lebensgrundlagen erhalten wollen. Hier, bei diesem zwangsläufig gemeinsamen Projekt, ist Wettbewerb ein tödliches Arrangement.

Wer Kooperation sagt, sagt aber unmittelbar auch Gleichheit. Denn Kooperationen funktionieren nur, wenn ihr Maß und ihre Geschäftsgrundlage Gleichheit ist. Bei Klimaverhandlungen ist dies – so zäh und unergiebig sie auch sein mögen – als normativer Grundsatz anerkannt. Auch wenn die Praxis einstweilen anders aussieht, die Norm ist eindeutig: Jeder Mensch hat das gleiche Emissionsrecht.¹

¹ »In ethischer Betrachtung hat jeder Mensch das gleiche Recht darauf, Ressourcen in Anspruch zu nehmen, solange sie nicht übernutzt werden.« (Bundesregierung 2008, zitiert in SRU 2012: 39) Was das klimapolitisch bedeuten könnte, hat der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) präzisiert: »Ausgangspunkt des WBGU-Budgetansatzes ist die nach Vorsorgeerwägungen erfolgende Festlegung der Gesamtmenge an CO₂, die bis 2050 global noch ausgestoßen werden darf. Dieses globale Budget an kumulativen CO₂-Emissionen gilt es, gerecht auf die Länder der Weltgemeinschaft zu verteilen. Den ethisch robustesten Schlüssel bietet eine gleiche Zuweisung pro Kopf, woraus sich über die Bevölkerungszahlen die jeweiligen nationalen Budgets an Emissionsrechten ergeben. Damit verfügt jeder Staat über ein präzise beziffertes

Was bei den Klimaverhandlungen bislang allerdings nur Gleichheit der erlaubten Schädigung ist, dürfte künftig zu einem breiteren, dann auch positiv geltenden Prinzip werden: Gleichheit also nicht nur der Schutzpflichten, sondern auch der Nutzungsrechte. Am Horizont erscheint damit ein neues, ökologisches Menschenrecht:² Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf ein Quantum Umweltraum, das mit der Reproduktion der Natur vereinbar ist. So erhält das demokratische Prinzip – one (wo)man, one vote – seine ökologische Ergänzung: one (wo)man, one piece of nature.

Dieses gleiche Recht zu garantieren, verlangt – hier schließt sich der Kreis – unabdingbar Planung, eine starke, von der Bürgerschaft ausgehende und ihr allein verpflichtete Planung eben der Bedingungen, die Kooperationen unter Gleichen ermöglichen und erzwingen, wenn alte Privilegien und Eigentumstitel im Wege stehen.

Es geht um die Macht des Souveräns, Verfügung über all das zu erlangen, was gesellschaftlicher Natur ist. Ein solches Verständnis von Planung – als bewusstes Herstellen ökologischer Lebensmöglichkeiten für alle – kann Märkte und Unternehmen in vielfältigster Form einschließen, aber das Entscheidende bleibt die Umkehrung der heutigen Rollenverteilung: der vorausschauende Bürgerwille sagt, was sein und wie es geschehen soll.

Kooperation, Gleichheit und Planung haben alte Wurzeln, die nach einigen hyperliberalen und asozialen Jahrzehnten zunehmend wieder entdeckt werden. Insofern ist der ökologisch begründete Zwang zu kooperieren, sich wechselseitig anzuerkennen und gemeinsam Vorsorge zu treffen, auch eine Rückkehr, eine Rückkehr zu dem, was das Menschsein überhaupt auszeichnet. Dass Zusammenarbeit und Empathie füreinander, nicht Wettbewerb und gegenseitige Verachtung, wichtige Triebfedern der Evolution gewesen sind, ist in der Wissenschaft und in der Publizistik erneut zur respektierten These geworden (Tomasello 2010; Sennett 2012; Rifkin 2012). Der Schrecken über das, was ein losgelas-

›Atmosphärenkapital, mit dem er bis 2050 flexibel wirtschaften und auf internationalen Märkten handeln kann.« (WBGU 2009: 2)

² Zu dieser Bestimmung dieses ökologischen Menschenrechts siehe Thie 2011. Gleichlautende Formulierungen wurden von einer Projektgruppe der Linksfraktion im Bundestag übernommen – siehe Fraktion DIE LINKE 2012.

sener Kapitalismus für Mensch und Natur bedeutet, hat dem Blick auf das, was Menschen auch und vor allem sind, nämlich kooperierende und vorsorgende Wesen, die Scheuklappen genommen.

Das Dreigestirn von Kooperation, Gleichheit und Planung kann also neue Kraft entfalten, weil es die Alternative zum Falschen ist und gleichzeitig in der neuen Logik ökologischen Handelns liegt, wenn – und das ist die Einschränkung, die stets mitzudenken ist – die große Transformation zivilisiert und demokratisch erfolgen soll. Als Lippenbekenntnis hört man das aus jedem Munde. Aber offenkundig ist es selten wirklich ernst gemeint.

Denn in der ökonomischen Wirklichkeit herrschen nicht Kooperation, Gleichheit und Planung, sondern jeweils ihr Gegenteil: Wettbewerb, Ungleichheit und das Spiel der Märkte. Folglich ist die Frage, wie das ökologisch Gebotene auch jenseits von Proklamationen, also alltagstauglich, die Wirtschaft erobern kann, ein Lackmustest für den Anspruch, es ökologisch ernst meinen zu wollen. Ist es denkbar, dass der Respekt vor der Natur, das Interesse an schadstofffreien Produkten, die Orientierung an maßvollem Konsum, die Blockade sinnloser Produktion, dass also ökologische Kriterien im weitesten Sinne ökonomisches Handeln direkt prägen, wenn Wettbewerb, Ungleichheit und das Spiel der Märkte weiterhin die dominanten Prinzipien sind? Das können nur Gläubige glauben.

Wie die Freiheit zum Richtigen schon heute in einem qualitativ spürbaren Maße stärker werden würde, wenn man sich den Mut zur Verletzung gewisser Spielregeln nähme, zeigt sich in der folgenden Geschichte aus einem vertrauten, aber mit einem kleinen Trick verfremdeten Land.³ In dieser Republik – nennen wir sie Egalitaria – lässt es sich leben. Materiell und finanziell geht es allen gut, den Senioren, den Kindern und den Berufstätigen nicht minder. Wer im erwerbsfähigen Alter ist, arbeitet 30 Stunden in der Woche – mit 3.500 Euro brutto gut bezahlt.⁴

³ Diese Fabel ökonomisch verwirklichter Gleichheit war der Ausgangspunkt eines Textes, der im »Freitag« 21 (2004) und dem Titel »Schöne, neue Welt« erschien – siehe Thie 2004.

⁴ Die »Egalitaria-Daten« sind gerundete statistische Durchschnitte, die sich aus diversen amtlichen Quellen des Statistischen Bundesamtes ergeben.

Reichlich Erholung ist garantiert, insgesamt acht Wochen bezahlte Urlaubs- und Feiertage.

Die Wohnungen in Egalitaria sind – je nach Personenzahl – zwischen 45 und 180 Quadratmeter groß und deutlich günstiger als in anderen Ländern. Denn sie gehören den Bewohnerinnen und Bewohnern, und zwar schuldenfrei. Nur Heizung, Strom und die üblichen Nebenkosten sind zu zahlen. Jeder Erwachsene, selbstverständlich auch die Rentnerin und der Rentner, hat neben seinem schuldenfreien Immobilienbesitz noch einige Zehntausend Euro produktiv angelegt, weil ständig einige Prozentpunkte des Einkommens in Investitionen fließen. Dazu kommen all die persönlichen Dinge, die – von der Kleidung bis zum Laptop – im Überfluss vorhanden sind.

Auch die öffentliche Hand und die Sozialsysteme sind gut finanziert. Entsprechend haben Steuern und Abgaben kein geringes Niveau. Aber mit einem monatlichen Netto von 2.000 Euro für Singles, 4.000 für Paare und zusätzlichen staatlichen Leistungen für jedes Kind lässt sich komfortabel leben – komfortabel vor allem, wenn man an das miet-, zins- und tilgungsfreie Wohnen und den Sechs-Stunden-Arbeitstag denkt.

Das Gemeinwesen, das anderenorts unter der Zinsenlast seine Handlungsfähigkeit zu verlieren droht, ist in Egalitaria genau so schuldenfrei wie die Bevölkerung und die Unternehmen. Denn alle Forderungen und Verbindlichkeiten sind wechselseitig gestrichen worden, sodass nach diesem großen bilanziellen Akt weder Geldvermögen noch Geldschulden existieren und nur reale Vermögen – Häuser, Infrastrukturen, Arbeitsstätten und Konsumgüter – übrig geblieben sind.

Was in den Zeiten permanenter Finanz-, Wirtschafts- und Eurokrisen wie eine ferne Utopie erscheint, ist längst Realität. Bewohner dieser beneidenswerten Republik Egalitaria sind tatsächlich alle 82 Millionen Einwohner der Bundesrepublik Deutschland – zumindest dann, wenn sie die völlige Gleichheit, die im Reich des Rechts und der Gesetze zwischen ihnen herrschen soll, auf ihr wirtschaftliches Dasein übertragen.

Nach einer radikalen, alle Erwerbsfähigen einschließenden Neuverteilung aller Arbeitsstunden, des gesamten Vermögens und sämtlicher Einkommen, die in Gestalt von Löhnen, Gewinnen, Mieten, Zinsen und Dividenden fließen, nach dem großen Schnitt, der alle Forderungen und Verbindlichkeiten, Guthaben und Schulden gegeneinander aufrechnet und das verbleibende Nettovermögen »Eins zu Eins« auf alle Erwach-

senen überträgt, würde die Bevölkerung in einem Land ankommen, in dem die überwältigende Mehrheit über das Deutschland von gestern nur noch den Kopf schüttelt.

Uneingeschränkte Gleichheit vorausgesetzt, würde die stolze Bevölkerung von Egalitaria gleich noch ein paar Schritte weitergehen und all das abschaffen, was dann sinnlos geworden wäre. Die staatliche Maschinerie würde schrumpfen und könnte sich auf ihre wirklich wichtigen Aufgaben konzentrieren. Die private Maschinerie der Banken, der Versicherungen und der Immobilienfirmen wäre zur Randerscheinung degradiert.

Millionen von Finanz- und Steuerberatern, von Sozialingenieuren und Armutsverwaltern, von Job- und Versicherungsvermittlern verlieren ihren Job. Und deshalb senkt Egalitaria in der zweiten Etappe seiner Agenda 2020 die wöchentliche Arbeitszeit auf 25 Stunden (wahlweise auch eine längere und bezahlte Auszeit), damit diejenigen, die gegenwärtig noch (ob staatlich oder privat) mit dem Hin- und Herschieben von Forderungs- und Verpflichtungstiteln beschäftigt sind, eine sinnvolle Beschäftigung finden.

Vieles andere wird den Egalitarianern noch einfallen, wenn sie Freiheit nicht nur rechtlich, sondern auch ökonomisch auf Gleichheit gründen. Und den großen Herausforderungen – vor allem denjenigen der Ökologie, aber auch der Demografie, der Ungleichheit und des Unfriedens in der Welt – würden sie sich nicht kleinlaut stellen, sondern sehr entschieden, schon um ihre schöne neue Welt nicht zu gefährden.

Was haben wir von diesen Gedanken, die mit der radikalsten aller denkbaren Umverteilungen spielen? Natürlich wäre es abwegig, das arithmetische Mittel, den aktuellen Durchschnittsdeutschen, zur Tagesforderung einer alternativen Agenda zu erklären. Trotzdem hat die gedankliche Übung ihren Sinn.

Wenn wir uns aus der Froschperspektive des Meckerns und Jammerns befreien, wenn wir konsequent Verantwortung für das Ganze übernehmen und dabei, wie von Konservativen und Liberalen immer wieder gefordert, keinen einzigen Besitzstand (also auch keinen einzigen Vermögenstitel) ungeprüft gelten lassen, dann zeigt sich die ganze Absurdität des Finanz- und Sozialstaatstheaters, das wir seit langem und akut wieder in Europa erleben. Wären der gesamte Reichtum und die Chancen, die sich aus ihm ergeben, das Gravitationszentrum großer Reformde-

batten, würden sich ganz andere Perspektiven der Freiheit und der Verantwortung eröffnen.

Diese schöne, neue Welt ist keine Fata Morgana. Alles, was Egalitaria zugeschrieben wurde, ist statistische Realität, ist die Wirklichkeit des Durchschnitts einer reichen Nation. Das ist die gute Nachricht. Und sie gilt in ähnlicher Weise für ganz Mittel- und Westeuropa, für die USA und Kanada, für Japan, für Australien und Neuseeland und für manch andere Nation, die einem reichen Lebensstandard nahegekommen ist.

Doch die schlechte Nachricht kommt gleich hinterher. Die Welt der vollständigen Gleichheit wäre, selbst wenn sie in einem Akt revolutionärer Wandlung denkbar erschiene, nicht von Dauer. Denn ihre Grundlage ist die Überdehnung der natürlichen Ressourcen in nahezu jeder Hinsicht. Sie müsste sich selbst dann, wenn sie Gerechtigkeit maximal verwirklichen würde, radikal wandeln. Hier, ganz am Schluss dieser kleinen Geschichte, gibt es dann aber doch wieder einen Lichtblick. Was am Anfang mit der ökonomisch verwirklichten Gleichheit so verheißungsvoll begann, ist nicht nur ein Wunschtraum, sondern ein hartes Kriterium der ökologischen Revolution, der Fluchtpunkt dessen, was sowohl wünschenswert als auch notwendig ist: One (wo)man, one piece of nature.

Kooperation, weitgehende Gleichheit und planende Vorsorge – das sind schon heute wesentliche Kraftquellen vieler ökologischer Projekte. In ihnen lebt lokal, was global erst zu reifen beginnt. Jenseits der bunten Welt anderer Lebens- und Produktionsweisen sind die neuen Imperative bislang nur ein normatives Hintergrundrauschen. Im Vordergrund steht das Bemühen, die Liste der Prioritäten neu zu sortieren. Denn die Selbstverständlichkeiten früherer Tage gelten nicht mehr. Produktion und Konsum permanent zu steigern – diese Idee ist als absurder Wahn erkennbar geworden. Was einst umstandslos und ohne jede Scham zu genießen war, hat heute den faden Beigeschmack des irgendwie Verwerflichen.

Dieses Unbehagen plagt nicht jeden, nicht überall und nicht zu jeder Zeit. Und manchem, der seine persönlichen Umstände ändert oder auf große Veränderungen drängt, mag das »Weiter So« eines rastlosen Getriebes verzweifeln lassen. Doch so hektisch die ökonomische Maschinerie auch sein mag, so wenig sie Besinnung erlaubt, so getrieben vom Expansionsdrang die Unternehmen und vom Einkommenszwang

die Menschen – die ökologischen Fundamentalfragen sind nicht mehr zu ignorieren.

Selbst die hartgesottensten Zeitgenossen begründen ihr Handeln durch allerlei Spitzfindigkeiten ökologisch und geben dadurch zu erkennen, dass auch bei ihnen eine gewisse Ahnung im Großhirn angekommen ist. Das sicherste Zeichen dafür, dass der Umgang mit der Natur zum nicht mehr hintergehbaren Problem geworden ist, sind die bisherigen Leugner der ökologischen Weltlage. In Abwandlung des berühmten Nixon-Zitats könnte man sagen: »We are all Green now.«⁵

Tausende Unternehmen präsentieren sich im modisch grünen Gewand. PR-Abteilungen schwitzen im Dauerstress grüner Kampagnen für die schwarzen Schafe und die grauen Mäuse der Geschäftswelt. Bundeswehr und Pentagon publizieren Ressourcen- und Klimastudien. Parteien krepeln ihre Forderungskataloge um, platzieren ganz vorn Duftmarken im Ökodesign und nehmen die zunehmende Wachstumskritik als Stichwort auf (Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität 2013), auch wenn diese salonfähig gewordene Skepsis einstweilen praktisch ohne Bedeutung bleibt. UNO und OECD setzen auf Green Growth. Nachhaltige Entwicklung ist – offiziell proklamiert auf dem »Erdgipfel« von Rio de Janeiro 1992 – die allseits akzeptierte, wenngleich meistens immer noch folgenlose Leitidee.

All das ist bislang kein echter Paradigmenwechsel, sondern bestenfalls eine sanfte Korrektur – teils ein echtes Bemühen um die Ökologisierung wirtschaftlicher Kreisläufe, teils ein rein äußerliches Begrünen des jeweiligen Markennamens, um den Anschluss an die ökologische Modernität nicht zu verpassen. Die entscheidende Frage bleibt bislang unbeantwortet: Wie werden Wirtschaft und Gesellschaft nicht nur in Worten, sondern auch in Taten, nicht nur im Design, sondern auch in der Substanz, nicht nur im Einzelnen, sondern auch systematisch naturverträglich?

Die neue Artenvielfalt grüner Szenarien hat, so wertvoll sie im Einzelnen sein mag, einen merkwürdigen Defekt. Nahezu alle Varianten drän-

⁵ Die Redewendung »We are all Keynesians now« stammt ursprünglich von Milton Friedman, wird aber US-Präsident Richard Nixon zugeschrieben, der sie 1971 quasi offiziell geäußert haben soll. Diese extrem späte Einsicht galt dann in der Praxis allerdings nur noch wenige Jahre.

gen in ein einziges Biotop. Die Welt der privaten Unternehmen, der gewinnorientierten Marktwirtschaft, also die Welt des Kapitals, erscheint als der selbstverständliche, stillschweigend als alternativlos vorausgesetzte Lebensraum für die großen Veränderungen, deren Notwendigkeit kaum noch jemand bestreitet, die aber stets nur als Summe von kleinen Reformschritten gesehen werden. Diese Veränderungen – selbst von Konservativen bisweilen als Transformation oder gar Revolution bezeichnet – werden nur als Mutation des Bestehenden gedacht, als könne der »Genpool des Kapitals« einfach umgepolt werden.

Dass die heutige Wirtschaftsordnung technische Umwälzungen hervorbringen kann, ist offensichtlich. Der historische Beruf der Bourgeoisie bestehe gerade darin, hatte Karl Marx einst erkannt, permanent die Produktivkräfte zu revolutionieren. Und warum sollten diese technischen Umwälzungen nicht grüne sein? Dass sie das im Einzelnen sein können, dass Bio-Produkte, erneuerbare Energien und ressourceneffiziente Prozesse sich schnell ihren Weg bahnen, wenn politisch die nötigen Anreize gesetzt sind, ist unbestritten. Aber die gesamte bisherige, von Konkurrenz, Expansion und Naturausbeutung geprägte Produktionsweise als durchgehend ökologische Veranstaltung? Eine von politischen Instrumenten sanft erzwungene oder gar von Einsicht getriebene Veränderung, die ökologische Maße voll und ganz akzeptiert? Eine Reform des Expansionsdranges bis hin zu seinem Verschwinden? Ein allmähliches Hinübergleiten des Profithungers in eine sich selbst genügende Mäßigung?

All das ist nicht vorstellbar. Stabilität hat die heutige Produktionsweise nur in der Ausdehnung. Wachstum, nicht Reifung ist ihre Daseinsweise. Deshalb ist es umso erstaunlicher, dass die ökologisch Informierten und Besorgten meistens nur die Folgen, nicht die Triebfedern einer naturverschlingenden Wirtschaft beklagen und entsprechend ihren reformatorischen Eifer unnötig zügeln. Die Abteilung Moral will penetrant im Inneren wirken und dort die Seele erweichen. Die Abteilung Technik hat allein das Äußere im Blick und hofft, die Welt der Konsumgüter und Produktionsmittel ganz in Grün erneuern zu können.

Die Ökonomen ihrerseits interessieren sich weder für die Innenwelt noch für das Stofflich-Materielle. Für sie ist die Innenwelt eine egomatische Konstante und die Welt der Technik ein Ergebnis von Profitchancen und Einkommenszwang. So bleibt am Ende fast immer ungenannt,

worum es doch eigentlich gehen müsste: Wirtschaft und Gesellschaft inklusive ihrer grundlegenden Institutionen, ihrer Eigentumsrechte und Unternehmensformen, ihrer Freiheiten und Verbote, ihrer Gratifikationen und Sanktionen, so einzurichten, dass sie aus eigenem Antrieb naturverträglich werden.

Selbstverständlich zählt kluge Politik im Sinne wirksamer ökologischer Anreize zum Inventar aller grünen Leitideen. Aber auch das passt zum Befund mangelnder Eingriffstiefe. Denn das Gemeinwesen erscheint hier – wie gehabt – nur als Rahmensetzer und als Garant des privaten Biotops.

Die naheliegende Frage wird nicht gestellt: Wenn es um alles geht, warum ist dann die Angemessenheit der herkömmlichen privatwirtschaftlichen Institutionen kein Prüfungsgegenstand? Warum wird in fast allen Fällen nicht einmal krasse gesellschaftliche Ungleichheit als ökologisch relevantes Thema erkannt?

Revolution der Technik und Bewahrung der gegebenen Wirtschaftsordnung – das ist der große gemeinsame Nenner, der vom Funktiónärscorps grüner Parteien bis zu den Strategen des Pentagons reicht. In dieser Sicht sind gewissermaßen die Ingenieure die revolutionäre Vorhut und die Unternehmen ihr Agent. Bei diesem gemeinsamen Nenner wird es nicht bleiben – das kann man zuverlässig vorhersagen.

Denn bei einem langfristig fortgesetzten Wachstum auf dem Pfad der vergangenen zehn oder 20 Jahre müsste die Energie- und Ressourceneffizienz in einem Maße steigen, das alle physikalischen Zusammenhänge sprengt. Folglich gerät die Gesellschaft unter einen Veränderungsdruck, für den sie bislang kein demokratisches Lösungsangebot hat und – ohne grundlegende Selbstveränderung – auch nicht haben kann. Ihrem bisherigen Versprechen – mit Wachstum sind alle Probleme lösbar – wird dann der Boden entzogen.

Was aber, wenn Wachstum nicht mehr geht? Wenn der Treibstoff versiegt oder so teuer wird, dass massenhaft ölbasierte Aktivitäten beispielsweise des Verkehrs oder der chemischen Industrie zur Disposition stehen? Wenn der Lebensstandard stetig sinkt, weil die Reparaturkosten ständig steigen? In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zeigt sich das nicht unmittelbar, weil auch Schadensbeseitigung und Reparaturaufwand das Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhen. Aber irgendwann wird doch auffallen, was alternative Wohlfahrtsrechnungen heute schon

zeigen: Die gerechnete Wirtschaftsleistung steigt weiter, aber der Lebensstandard stagniert oder sinkt.

Zu befürchten ist, dass dann der Zug zum Reaktionären stärker wird. Und die Rechtfertigungen werden folgen. Gleichheit dürfte dann selbst in ihrer heute selbstverständlichen rechtlichen Fassung ein Ende finden, von materieller Gleichheit ganz zu schweigen. Rationierung gemäß Kaufkraft – das wäre die neue Rationalität der Reichen und Privilegierten, die dann auch an Demokratie kaum noch ein Interesse haben dürften.

So ist sie eben, die moderne, die postmoderne Welt, sagen nun die Superschlaunen. Jedes Versprechen ist getilgt, jeder Glaube blamiert. Im Ganzen geht hier gar nichts mehr, weil alles ausdifferenziert ist in jeweils eigene Milieus – mit eigenen Regeln, eigenen Spezialisten, eigenen Sphären, eigenen Codes. Keine Theorie könne das noch fassen, keine Strategie für große Veränderungen sorgen. Politik sei bestenfalls noch gute Moderation. Diese Diagnose mag bis vor einiger Zeit richtig gewesen sein. Mittlerweile ist sie falsch. Schon 1986 hat Ulrich Beck in seiner Voraussicht darauf hingewiesen, dass in der »Risikogesellschaft« (so auch der Titel seines damaligen Bestsellers) »die Entdifferenzierung der Subsysteme und Funktionsbereiche, die Neuvernetzung der Spezialisten, die risikoeindämmende Vereinigung der Arbeit das systemtheoretische und -organisatorische Kardinalproblem« wird. (Beck 1986: 93)

Die von Beck vorausgesagte Entdifferenzierung, die Re-Integration des vormals Getrennten, hat längst begonnen. Ob Klimawandel, Energiepolitik, Lebensmittelskandale, Giftketten in Kleidung und Spielzeug, Rohstoffsicherheit, Artensterben oder Versauerung der Weltmeere – überall ist erkennbar, dass die ökologische Vergesellschaftung systemisches Denken verlangt und nicht borniertes Expertentum.

Deshalb steigt auch wieder die Wahrscheinlichkeit, dass sich der Geist um das Ganze bemüht und auf ein interessiertes Publikum trifft, wenn er denn erhellende Gedanken bietet und nicht aus dem Nirwana beliebigen Ausdenkens kommt. Die neue Aufgeschlossenheit gegenüber großen Entwürfen erklärt sich aus dem Dilemma, das Umfragen immer wieder belegen: Die herrschende Wirtschaftsordnung wird mehrheitlich abgelehnt, aber überzeugende Alternativen sind scheinbar nicht in Sicht. Die Frage lautet also: Gibt es vor dem Horizont (und nicht dahinter, wo die fantastischen Utopien blühen) neue Phänomene, die – in ihrem inneren Band zusammengedacht – schon das Potenzial ande-

rer Verhältnisse enthalten? Es gibt sie – massenhaft, häufig verborgen, bisweilen eigentlich unübersehbar. »Geschichten vom guten Umgang mit der Welt«⁶ werden jeden Tag geschrieben.

Diese Knospen, die zur Blüte treiben, sind der Gegenstand dieses Buches, allerdings nicht im Sinne eines »geistigen Pflanzenreichs«, in dem das Neue zu beschreiben und in einer großen Sammlung von Arten und Unterarten zu klassifizieren wäre. Solche Beschreibungen sind wichtig für die Inspiration, sie enthalten Lehrstücke und benennen Vorbilder für den punktuellen Ausbruch aus einem falschen Leben. Wichtig ist aber auch die Frage, ob einerseits in den Praktiken der Pioniere und andererseits im aktiven politischen Umgang mit ökologisch gesetzten Größenbeschränkungen bereits ein Band neuer Prinzipien erkennbar zu werden beginnt. Darum vor allem soll es in diesem Buch gehen, um die innere Logik ökologischen Handelns und um die Bedingungen, die sie braucht, um dominant zu werden.

Nun wird mancher einwenden, dass die notwendigen Diskussionen über neue Prinzipien schon lange geführt werden. Nicht an der Existenz der Debatte könne man zweifeln, höchstens an ihren Ergebnissen. Die gedankliche Durchdringung der Aufgaben sei doch schon tausend Mal geleistet worden, auch in konsequenten Varianten. Außerdem sei, wenn es um neue, also in der Zukunft liegende Entwicklungen gehe, immer ein kräftiger Schuss Willkür mit im Spiel. Deshalb könne man über Künftiges immer wieder lange und unfruchtbar streiten. Deshalb zur Tat, die Aufgaben sind doch klar.

Diese Auffassung teile ich nicht – weder über die Qualität der gesellschaftlichen Debatte noch über die Klarheit der Aufgabendefinition. Tatsächlich gibt es eine kaum noch überschaubare Flut an Revolutionsgedanken, Transformationsplänen und Rettungsideen. Sie füllen Buchläden und belegen Terrabytes. Sie enden allerdings in trauriger Regelmäßigkeit mit moralischen Appellen, mit Aufrufen zur Mäßigung, mit Ratgebern für das alltägliche Verhalten, mit Technikeuphorie, mit Masterplänen für Investitions- und Steueranreize, mit lyrischen Sonntagsreden oder – das sind eher die kleinen Minderheiten – mit dem ganz Anderen, das notwendig sei.

⁶ So der Untertitel des von Harald Welzer und Stephan Rammler herausgegebenen Buches »Der FUTURZWEI Zukunftsalmanach 2013« (Frankfurt/Main 2012).

Wie aber das Räderwerk der Gesellschaft selbst, vor allem der ökonomischen Institutionen, andockend an schon vorhandene Tendenzen und deshalb mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg, zu ändern ist, das bleibt in der gegenwärtigen Umwälzungsliteratur fast immer ungenannt. Spart man diese entscheidende Stelle aus, dann werden grüne Szenarien zwangsläufig zu grauen Mäusen.

Nun gibt es seit 150 Jahren Spezialistinnen und Spezialisten für all das, was bei den Moralisten, den Technikern und den marktversessenen Ökonomen nicht vorkommt, Spezialisten für die Revolution der gesellschaftlichen Verhältnisse. Diese Abteilung allerdings, von Marx begründet und zwischenzeitlich führend im geistigen Geschäft (vor allem in den 1920er Jahren, nach dem Zweiten Weltkrieg und dann wieder in den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts), ist zu einem Traditionsclub geworden, in dem es – eingerahmt von großartigen Zeugnissen vergangener Tage – nur noch selten zu erhellenden Vorträgen kommt.

Auch wenn manch Konservativer wie der FAZ-Mitherausgeber Frank Schirrmacher öffentlich bekennt, dass die Linken vielleicht doch recht haben⁷ – dieses Eingeständnis ist weniger das Verdienst heutiger Marxisten, sondern eher eine simple Reflektion der Wirklichkeit, die sich in vielen Aspekten so zeigt, wie es Marx auf den Begriff gebracht hatte.

Dass die Linke selbst in den Augen Konservativer recht haben kann, ist eher dem Finanzwahn der vergangenen Jahre und dem Auftreten bürgerlicher Ökonomen geschuldet, die zur Erklärung der Wirklichkeit nichts beitragen können und selbst im Angesicht von Dauerkrisen die Märchen ihrer Gleichgewichtswelten erzählen. Die neue Reputation der Linken ist insofern keine wirkliche geistige Macht, sondern einerseits nur den Absurditäten der Wirklichkeit geschuldet und andererseits der Dürftigkeit der bürgerlichen Erklär-Industrie.

Längst vergangen ist die Zeit einer echten geistigen Hegemonie der Linken. Für die heute am Pranger stehenden Neoliberalen hat ihr konsequentester Ahnherr 1949 beschrieben, worum es für ihn und seinesgleichen damals ging. Als der Zeitgeist noch sozialistisch war und niemand die spätere liberale Renaissance für denkbar hielt, ermahnte

⁷ Siehe Frank Schirrmacher unter dem Titel »Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat« in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 15.8.2011.

Friedrich August von Hayek sein bürgerliches Publikum, sich der eigentlichen Stärke seiner Gegner zu stellen: »Die wichtigste Lektion, die der wahre Liberale vom Erfolg der Sozialisten lernen muss, besteht darin, dass es ihr Mut zur Utopie war, der ihnen die Unterstützung der Intellektuellen sicherte und dadurch einen Einfluss auf die öffentliche Meinung, der tagtäglich möglich macht, was noch vor kurzem als unerreichbar galt. ... Daraus folgt: Wir müssen es schaffen, die philosophischen Grundlagen einer freien Gesellschaft erneut zu einer spannenden intellektuellen Angelegenheit zu machen, und wir müssen ihre Verwirklichung als Aufgabe benennen, von der sich die fähigsten und kreativsten Köpfe herausgefordert fühlen. Wenn wir diesen Glauben an die Macht der Ideen zurückgewinnen, der die Stärke des Liberalismus in seinen besten Zeiten war, dann ist der Kampf nicht verloren.«⁸

Vertauscht man in Hayeks Aufsatz die Rollen und aktualisiert die geistige Lage, lautet der dringende Appell: Gegen die Utopien des Marktes und der individuellen Nutzenmaximierung sind die Grundlagen einer gerechten und ökologischen Gesellschaft zu einem Thema zu machen, von dem sich die besten kritischen Geister angesprochen fühlen. So weit ist es offensichtlich noch nicht. Noch beherrschen moralische Entrüstungen und dienstbeflissene Diskussionen über die Richtigkeit dieses oder jenes Instruments aus dem politischen Handwerkskasten die politische und wissenschaftliche Szene.

Zahm darf das reformatorische Bemühen aber nicht bleiben, weil zu viel aus dem Ruder läuft. Wenn es beispielsweise gelänge, die Länder der Eurozone von der Last fauler Tributforderungen zu befreien und Ungleichgewichte in koordinierten Aktionen zu vermindern, was selbst schon ein nahezu revolutionärer Vorgang wäre, dann hätte Europa bei den Aufgaben wesentlich fundamentalerer Natur noch nichts gewonnen.

Wenn der Planet angesichts seiner zunehmenden Schändung zu rebellieren beginnt, dann geht es nicht nur um Finanzordnungen und So-

⁸ Diese Sätze sind die Quintessenz eines Aufsatzes über »The Intellectuals and Socialism«, den Friedrich August von Hayek 1949 veröffentlichte (eigene Übersetzung). Sahara Wagenknecht fand Hayeks Selbstgewissheit inmitten des damaligen liberalen Dunkels offenkundig ebenfalls erhellend und platzierte das Hayek-Zitat an das Ende der Einleitung ihres Buches »Freiheit statt Kapitalismus« (2011).

zialstaaten, sondern um das Wirtschaftssystem als Ganzes. Denn die Herausforderung, die Natur zu bewahren und den Ressourcenverbrauch drastisch zu senken, ist so elementar, dass sie künftig alles durchdringen wird. Vielen Zeitgenossen braucht man diese Diagnose nicht mehr begründen. Aber mehrheitlich dürfte immer noch die These überzeugen, dass wir umweltpolitisch vieles Neue zu beachten haben, dass aber trotzdem Worte wie »elementar« und »alles durchdringen« überzogen sind.

Deshalb folgt dieser Einleitung eine kurze Bilanz des ökologischen Raubzuges (Kapitel 2). Anschließend begeben wir uns in die deutsche Parteienszene und treffen dort auf Erwartungen, die sich wohl als trügerisch erweisen werden (Kapitel 3). Das eigentliche Anliegen dieses Buches ist konstruktiver Art. Grundlegende Veränderungen als realistische Chancen sichtbar zu machen – darum geht es vor allem. Wenn es vor dem Horizont nichts Relevantes gäbe, was schon das Potenzial anderer Verhältnisse enthält, wäre alles vergebens. Doch es passiert einiges, was »nur« der Enthüllung bedarf. Deshalb werden im vierten Kapitel Signale der Hoffnung genannt und beschrieben, die heranreifen, aber erst dann kräftig werden, wenn sich Blockaden lockern und schließlich verschwinden. Danach folgt der Versuch, die Hoffnungszeichen modellhaft miteinander zu verbinden (Kapitel 5). Abschließend taucht der Ausgangspunkt wieder auf, die Frage nämlich, wie neue Geschichten als Anregung zum Handeln zu erzählen sind (Kapitel 6).